

Solidarität

unsere Chance

Nummer 151

Februar - März 2021

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com

INHALT

Corona:

Die Pandemie ist nicht die Krise.



MAN-Steyr:

Unterschriftensammlung gegen Kündigungen und Schließung.



Arbeitslosigkeit:

Arbeitslosengeld sofort und dauerhaft anheben.



Aktionskonferenz:

6. März 2021.

Unterschriftenaktion *

Solidarität mit den Beschäftigten von MAN-Steyr!

Die Arbeiter*innen und Angestellten dürfen nicht für das Profitstreben und Missmanagement des Volkswagen-Konzerns geopfert werden!

Keine Kündigungen, keine Schließung des Standortes!

Immer mehr Betriebe in Österreich kündigen jetzt sehr viele Arbeiter*innen und Angestellte. Die Liste wird täglich länger. Das bedroht tausende Familien und ganze Regionen in ihrer Existenz: Regierung und Unternehmer stehen nicht auf der Seite der arbeitenden Menschen.

Damit Arbeitsplätze und Standorte gesichert sind, führt an echtem Widerstand und Kampf kein Weg vorbei! Nur so kann jetzt und in Zukunft Zusperrern und Ausverkauf verhindert werden. Die Wirtschaft muss für uns Menschen da sein, nicht für Konzernprofite.

Die Betroffenen dürfen nicht allein gelassen werden! Heute trifft es MAN-Steyr, morgen einen anderen Betrieb, wenn wir uns nicht gemeinsam und selbständig von unten wehren. Nur gemeinsam sind wir stark! Hilf Dir selbst, indem Du anderen hilfst, übe Solidarität!“

**Solidarität ist unsere Stärke,
Widerstand unsere Chance!**



* Die Unterschriftenliste befindet sich als Beiblatt in der Zeitung.

530.000 Menschen in Arbeitslosigkeit, 460.000 Menschen in Kurzarbeit, 50.000 offene Stellen

„Der ÖGB hat schon vor Monaten ein Arbeitsmarktprogramm vorgelegt, mit dem innerhalb eines Jahres 150.000 Jobs geschaffen werden können.“

<https://www.oegb.at/themen/arbeitsmarkt/arbeitsmarktpolitik/neue-hjobs-fuer-oesterreich>

Das war im Juli 2020. Aber die Regierung stellt sich weiterhin taub. Also was tun?

ÖGB und AK fordern völlig berechtigt, dass die Millionärsvermögen einen „ganz, ganz großen Beitrag“ leisten müssen, um die Konjunkturprogramme und die Corona-Milliarden zu finanzieren, dass es zu einer Arbeitszeitverkürzung kommen muss, mit der auch Umwelt entlastet und Klima geschützt werden kann. Durch die Corona-Ausnahmegesetze dürfe kein demokratiepolitischer Schaden zurückbleiben, wegen der Schutzmaßnahmen eingeschränkte Grundrechte auf Versammlung oder Demonstration dürfen nicht unter die Räder kommen. Alles

richtig. Aber wann soll das eingefordert werden? In der Zeit nach der Krise, war und ist vom ÖGB-Präsidenten Katzian zu hören. Doch dann wird es zu spät sein. Jetzt braucht die Unternehmenseite den Staat, die Systemerhalter*innen, die „Held*innen von Corona“, Gewerkschaften und AK als „Sozialpartner“, um ihren Besitzstand zu sichern. **Jetzt** muss mit den 1,2 Millionen ÖGB-Mitgliedern und den 3,7 Millionen AK-Mitgliedern gemeinsam mit den im Homeoffice Arbeitenden, den Kurzarbeitenden, den Arbeitslosen, Student*innen, den in ihrer Existenz bedrohten Soloselbständigen

und den vielen in prekären Jobs Arbeitenden sowie den Millionen von Pensionist*innen Druck in den Betrieben und auf der Straße aufgebaut und sichtbar und hörbar gemacht werden.

Geschieht dies nicht und kommt es zu faulen Kompromissen zwischen Regierung, Unternehmenseite und den SPÖ-, AK- und Gewerkschaftsspitzen, werden zwar die Profite der Unternehmer, aber nicht die Existenzgrundlagen und eine lebenswerte Zukunft für die arbeitenden Menschen gesichert und ausgebaut.

Nicht warten, jetzt aktiv werden:

Das „Österreichische Solidaritätskomitee“ und die „Plattform proSV“ beteiligen sich daher an der österreichweiten Aktionswoche und an der Aktionskonferenz „Arbeitslosengeld anheben“.

Aktionswoche: 22.-27.Feb.2021 in: Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck, Steyr, Bruck/Mur

Aktionskonferenz: 6. März 2021, WUK, 1090 Wien, 14.00 - 18.00 Uhr.

Aus dem Ausruf:

„Die türkis-grüne Regierung hat noch vor einigen Monaten groß angekündigt „Alles dafür zu tun um die Arbeitslosigkeit zu senken“. Getan wurde allerdings genau das Gegenteil ... Während den Firmen 80% des Umsatzentgangs versprochen wird, bleiben den Beschäftigten, die ihre Arbeitsstelle verlieren, 55% des vorherigen Einkommens. Der Großteil der österreichischen Bevölkerung sieht Arbeitslosigkeit als die Hauptlast der derzeitigen Krise ... Offensichtlich sind sich jene die an der Macht sind, darin einig, dass ein hohes Niveau an Arbeitslosigkeit und eine weitere Verarmung ein Teil der Krisenbewältigung zu ihren Gunsten sind ...“

Mehr Infos und der ganze Text unter: http://prosv.akis.at/TCgi/TCgi.cgi?target=home&P_kat=6&P_katsub=3&P_txt=473



Wer mitmachen will, meldet sich bitte unter: oesolkom@gmx.at

Die Pandemie ist nicht die Krise

Das kapitalistische Versprechen, dass, wenn wir uns nur sehr anstrengen und brav arbeiten, wir es schon zu etwas bringen können, ist ja für die Mehrheit der Österreicher*innen schon die letzten 10/15 Jahre nicht mehr wahr und dieses Versprechen wird gerade mit den Krisenfolgen, die sich durch die Pandemie verstärkt und schneller zeigen, für immer mehr Menschen Schall und Rauch.

Die Corona-Pandemie ist keine Coronakrise

Die Corona-Pandemie fällt nur zusammen mit der schon länger schwelenden Krise der Profitwirtschaft. Diese zeichnet sich nicht nur durch die weltweit verbreitete Art des Produzierens rund um den Erdball (Globalisierung), des Umverteils der weltweit geschaffenen immensen Wertschöpfung hin zu den Konzernen und Reichen aus. Diese Wirtschaft, die auf Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt beruht, erzwingt immer unwürdiger werdende (Über-)Lebensbedingungen. Diese Art des Wirtschaftens bringt nicht nur den lebensbedrohlichen Klimawandel, Klimakatastrophen, sondern auch solche Pandemien hervor. Diese Art des Wirtschaftens und diese Politik, die diese Profitwirtschaft schützt und exekutiert, kann auch die rasende Ausbreitung der Pandemie nicht eindämmen. Sie kann nicht einmal eine Pandemie im Sinne und vor allem im Interesse des Schutzes der Gesundheit und Sicherheit der Menschen managen. Weil eben NICHT der Mensch im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik steht, sondern – „koste es was es wolle“ – der Profit – wie zuletzt sichtbar beim Impfstoff-Hin- und Her.

Chris Lohner

„Ich verachte mittlerweile den höhnischen Spruch: ‚Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns Menschen gut‘ – was ist, wenn keine Menschen mehr da sind? Wir müssen aus der Pandemie lernen – Raffgier, Profitgier führen zur Katastrophe.“

Chris Lohner, ehemalige ORF-TV-Moderatorin und „ÖBB-Stimme“ seit Jahrzehnten, fasste so nach überstandener Coronaerkrankung ihre Erfahrungen zusammen und kann oder will laut „Kurier“ mit den politischen Entscheidungsträgern dieses Landes keine Freundschaft mehr schließen. (Kurier, 9.2.21)



Profitwirtschaft braucht Ausbeutung und erzeugt Krisen

Dieses auf Ausbeutung und Profit aufgebaute Wirtschaftssystem macht schon in Friedenszeiten Erde, Wasser, Luft, die Gesundheit der Menschen kaputt und droht uns zudem

mit Kriegen der Großmächte und ihrer Konzerne um Rohstoffe, Absatzmärkte, Macht und Einflussphären zu überziehen.

Der Kapitalismus kann sein Versprechen, den Menschen eine Perspektive, eine lebenswerte Zukunft zu bieten, nicht mehr halten. Schon lange vor der Corona-Pandemie, spätestens seit der Finanzkrise 2007/2008 ist das für immer mehr Menschen sichtbar und fühlbar und führte und führt weltweit zu immer mehr Protesten, von z.B. den Gelbwestenprotesten in Frankreich bis hin zu den weltweiten Klimaprotesten von Millionen vor allem junger Menschen.

Schon seit mehr als 20 Jahren rechnen Expert*innen mit einer Pandemie. Doch die Regierungen, die im Interesse der Bevölkerungen handeln sollten, haben keine Vorbereitungen getroffen, im Gegenteil: überall wurden und werden weiterhin die Gesundheitssysteme mehr oder weniger heruntergefahren.

Aus der Wirtschaftskrise wird eine „Coronakrise“ gemacht

Was heißt denn eigentlich „Coronakrise“? Dass Corona in der Krise sei? Das wäre super, dann hätten wir ein Problem weniger. Und je heftiger die Wirtschaftskrise wird, heißt es immer öfter: „Corona ist der Feind“, Corona ist schuld an der Wirtschaftskrise. Doch das ist so nicht wahr. Die Wirtschaftskrise ist eine Krise der Profitwirtschaft. Die Pandemie verschärft diese Krise und macht brutal das Versagen des kapitalistischen Systems nicht nur bei der unmittelbaren Bekämpfung der Pandemie, sondern auch bei den Pandemiefolgen deutlich. Um davon abzulenken, nutzen Konzerne und Reiche, ihre politischen Vertreter*innen, das gesamte Establishment, das Virus für ihre Propaganda: Der „Feind“ ist Corona, Corona ist schuld am Desaster,

nicht das kapitalistische Profitsystem. Aus, Schluss, basta. Frage nicht, arbeite solange du noch einen Job hast, kusch, kauf und gehorche. Konsumiere, jeder für sich allein, das von riesigen Internetkonzernen vorgefabrizierte virtuelle, digitale „Leben“, als Einbahnstraße und nach dem Motto, „alles Gute kommt von oben“ und akzeptiere den persönlichen, sozialen und ökonomischen Niedergang.

So kommen immer mehr Menschen in ökonomische, soziale, körperliche und seelische Bedrängnis und Not und werden damit mehr oder weniger im Namen von „Eigenverantwortung“ allein gelassen – und noch mehr ausgebeutet. Gleichzeitig werden damit satte Internetgeschäfte gemacht. Dein bester Freund soll der Kanzler und der PC sein. Für private Treffen musst Du jetzt die Spionagekamera von Google & Co einschalten. Willst Du dich zu Hause „treffen“, dann macht Zoom nach 40 Minuten Schluss – oder Du zahlst, damit man Dich zu Hause mit anderen virtuell austauschen lässt – und hört und sieht dabei noch zu. Schöne, neue Welt – für wen?

Hetze, Spaltung, Drohung

Der Obrigkeit ist schon in den vergangenen Jahrzehnten mit Hilfe der Massenmedien daran gegangen, nicht unerhebliche Teile der Gesellschaft wie Arbeitslose, Sozialhilfebezieher, Arme, Flüchtlinge, Asylwerber, Obdachlose gegenüber dem Rest der Bevölkerung zu ächten und als „Minderleister“ und Schmarotzer an der Gesellschaft hinzustellen. Die Reichen hingegen, die ihren Reichtum durch die Ausbeutung der überwältigenden Mehrheit der Menschen erreichten und die wirklichen Schmarotzer sind, sie werden hingegen als „Leistungsträger“ verherrlicht. In Wirklichkeit müssen dauernd alle viel leisten, damit sich ein paar wenige alles leisten können. Was für ein Menschenbild!

Noch werden die Pensionist*innen nicht neuerlich angegriffen, wohl auch, weil die große Masse von ihnen im Schnitt sowieso nur rund 1.000 Euro netto, mehr als die Hälfte der zwei Millionen Rentner*innen noch weniger, zur Verfügung hat. Eine Kürzung würde zu Altersarmut, Protesten und zu breitem Einnahmenverlust für die Wirtschaft führen. Aber die Hacklerpension wurde schon wieder abgeschafft und eine Hinaufsetzung des Pensionsantrittsalters auf 70 Jahre wurde bereits wieder in den Raum gestellt.

Die, die noch Arbeit und Einkommen haben, sollen den Mund halten, wird ihnen ja dauernd damit gedroht, dass sie

doch froh sein sollen, noch Arbeit zu haben. Tatsächlich müssen sie befürchten demnächst auch arbeitslos zu werden. Die über 530.000 Arbeitslosen und Notstandsbezieher werden mit Einmalzahlungen abgespeist und hingehalten, statt den Bezug auf Dauer auf internationales Niveau anzuheben. Diejenigen, die in Kurzarbeit sind, sollen zufrieden sein, dass sie „nur“ bis zu 20% Lohn/Gehalt verlieren. Gleichzeitig wird für nach der Pandemie die Senkung des Arbeitslosengeldes, die Auflösung der Notstandshilfe in die viel schlechtere „Sozialhilfe“ diskutiert. Spätestens da sollten bei den Gewerkschaftsspitzen die Alarmglocken läuten!

Während Industrie, Konzerne, Großbauern, Forst- und Waldbesitzer von der Regierung Milliarden aus unseren Steuergeldern als „Coronahilfe“ zuerkannt bekommen, werden Einpersonunternehmen (EPU) bzw. Soloselbständige, Kleinbetriebe, kleine freie Kulturschaffende, aber auch Studierende zu Bittstellern degradiert oder fallen ganz durchs Netz.

Vom Casinokapitalismus zum Zwangskapitalismus

Konzerne, Banken, Versicherungen und die Unternehmerklasse insgesamt, betrachten den Staat als Selbstbedienungsladen, Regierung und Staatsapparat als ihre politischen Geschäftsführer und Vollstrecker. Das zeigen gerade wieder einmal die jüngsten Korruptionsfälle um vermutete Einflussnahme auf Gesetze (z.B. Novomatic) oder Ausnutzung von BVT und Polizei für Firmenzwecke (z.B. Wirecard). Und viele Unternehmer und ihre Interessenvertreter verabscheuen und verachten ganz unverblümt das von der Bevölkerung gewählte Parlament, Gesetze, Justiz. So kommt es in regelmäßigen Abständen und zuletzt immer häufiger offen zu Reibereien und zum Schlagabtausch zwischen Politikpersonal, Wirtschaftsbossen und Wirtschaftskammerhäuptlingen (z.B. Tiroler Wirtschaft, Tiroler Landeshauptmann, Bundesregierung). Manche fordern schon direkt, dass in der Regierung „Wirtschaftsführer“ an der Macht sein sollen (siehe Kurier, 30.1.2021).

Die Anforderung der Konzerne an die Politik ist, die Menschen im Interesse der Profite der Wirtschaft gefügig zu machen, ruhig zu halten, zu disziplinieren und zu kontrollieren. Dieser Wunsch von Industrie und Konzernen an die Politik und die „Sozialpartner“ nimmt mit steigender Arbeitslosigkeit und den drohenden Insolvenzen zu. Jetzt hofft die Regierung das alles noch mit

Hilfe von ÖGB, AK, SPÖ bewältigen zu können. Die Wirtschaftsseite und ihre Regierung machen „Zugeständnisse“ der Art, dass sie der Arbeitnehmerseite ein bisschen geben, den Unternehmen aber ein Vielfaches davon.

Das zeigt sich bei der ungerechten Verteilung der Corona-Hilfs-Milliarden: Laut Analyse des Momentum-Instituts entfallen nach dem Rahmenplan des Finanzministeriums bis 2024 auf die Arbeitnehmer*innen nur ein Drittel (21 Mrd. Euro) der Hilfsgelder, zwei Drittel (42 Mrd. Euro) hingegen auf die Unternehmen. Bei den Kosten aber ist es umgekehrt: Drei Viertel sollen die Arbeitnehmer- und Konsument*innen bezahlen, nur ein Viertel der Unternehmenssektor (Kurier, 16.1.2021).

Das zeigt sich auch bei der Neuregelung des Insolvenzrechts, das Firmen leichter aus der Insolvenz hilft als Menschen aus dem Privatkonkurs. Das zeigt sich auch beim ÖGB-Vorschlag eines „Comeback-Beteiligungsfonds“. Hier sollen Sozialversicherungs- und Steuerschulden nicht nur von Kleinbetrieben, sondern auch von „systemrelevanten Betrieben“, in öffentliche stille Beteiligungen umgewandelt werden (ÖGB, ORF-Ö1, Kronen-Zeitung, 20.2.2021). Das heißt, ohne Einflussnahme oder Steuerungseffekt der öffentlichen Hand als Geber des Geldes, das ja von den Steuern und Abgaben der Masse der arbeitenden Menschen stammt. Noch schlimmer: wenn dann die Steuer- und Versicherungseinnahmen fehlen, wer zahlt das dann oder leidet unter Leistungskürzungen im Gesundheitssystem? **Das hat wenig mit Sozialstaat zu tun, das ist eine Staatshilfe für Unternehmer, also Umverteilung nach oben.**

Die Wirtschaft handelt nach dem Motto: wenn man dir nimmt, dann schrei, wenn man dir gibt, dann nimm. Lassen sich die Gewerkschaften dazu einspannen – sei es aus „Staatsräson“, sei es aus „sozialpartnerschaftlich“ falschem Hoffen auf die „Vernunft“ der Unternehmer – dann sitzen sie zwischen zwei Sesseln – und die Mitglieder, die Basis, alle arbeitenden Menschen, zahlen drauf. Denn die Unternehmerseite – siehe oben – nimmt nur und gibt nichts freiwillig.

Und das, was der Unternehmerseite „sozialpartnerschaftlich“ rausverhandelt wurde, ohne breiter Mobilisierung und Kampf von unten, ist letztlich zu wenig für die Betroffenen, sowohl für die Arbeitenden (siehe die über eine Million Teilzeitarbeitenden, den Niedriglohnbereich in Pflege und Sozialdiensten oder z.B. die heurige lächerliche 1,45% Lohn-erhöhung oder die schwache Home-

office-Regelung, usw.), die Arbeitslosen (mit 45% weniger Lohn/Gehalt) und Kurzarbeitenden (mit 10 – 20% weniger Lohn/Gehalt) sowieso. **Das alles erzeugt in der Bevölkerung begreiflich viel Unmut und Wut.**

Schluss mit Druck, Dauerbelastung, Lohnverlust

Vor diesem explosiven Hintergrund hoffen Regierung und Wirtschaft übereinstimmend, dass die Apparate von ÖGB, Gewerkschaften, AK und SPÖ, möglichst eine Rolle zur Beruhigung der Bevölkerung einnehmen und nicht zur Mobilisierung von Protesten gegen den Sozial- und Demokratieabbau.

Noch immer gehen ÖGB-, AK- und SPÖ-Spitzen davon aus, dass doch die Kapitalisten einsehen müssten, dass ihr Kapitalismus den Wohlstand für alle an die Wand fahre, wie das das ÖGB-AK-Magazin „Arbeit & Wirtschaft 1/2021 für alle Betriebsräte in Österreich formuliert:

„Die Corona-Krise setzte (sic! schon vorbei?, Anm. der Red.) dem Kapitalismus ein Stoppschild vor die Nase. Sie legt Schwachstellen eines Systems offen, das die Menschen und den Planeten an die Grenzen der Belastbarkeit bringt. Ein Neustart ist die Chance, das zu ändern.“ Die Autoren appellieren an die Kapitalisten: „Der Sozialstaat ist nicht zu teuer, im Gegenteil. Er schützt die Wirtschaft vor einem Desaster.“

Ja, der Befund ist richtig, die Kapitalisten fahren den Wohlstand an die Wand. Doch das interessiert die Kapitalisten, die nur Einzelinteressen verfolgen nicht. Sie nutzen den Sozialstaat, den sie sonst verabscheuen, in der Krise nur für sich selbst aus, solange sie etwas davon haben. Dann verabschieden sie sich wieder davon – außer sie werden dazu gezwungen, dies nicht zu tun.

Nur der Widerstand der arbeitenden Menschen von unten hilft wirklich

Die Pandemie alleine zwingt die Kapitalisten nicht zum Einlenken. Das kann man überall sehen, Die Industriebosse, die Lobbys bestimmen die „Coronapolitik“ der Regierung. Das „Stoppschild vor die Nase des Kapitalismus“ ist nicht die Pandemie, das Stoppschild kann nur breiter Widerstand gegen die Krisenabwälzung sein!

Was die Spitzen von ÖGB, Einzelgewerkschaften, AK und SPÖ-Opposition kaum ins Kalkül ziehen ist, dass die Regierung und die Wirtschaft sehr

wohl Angst haben vor wirklich sozialem Protest und Aufstand.

Auf gar keinen Fall wollen Regierung und Wirtschaft, dass echter Protest und Widerstand selbständig und gemeinsam in Betrieben und auf der Straße von jemanden mobilisiert und organisiert wird, vor allem nicht von Gewerkschaften, AK, ÖGB, Betriebsrät*innen, die noch das organisatorische Potenzial dafür hätten: Vor so einem organisierten echten Widerstand in Betrieb und Straße von unten fürchten sich die Herrschenden wirklich, nicht vor „Verhandlungsbegleitwirbel-Protest“ der dann wieder heimgeschickt wird.

Nicht die ÖGB-, AK-, oder SPÖ-Spitzen sind die beste Lobby gegen Regierung und Industrie, sondern wenn ÖGB, AK, und SPÖ ihre Mitglieder als Lobby mobilisieren!

Nur Widerstand gegen die Eliten, gegen die Willkür der Konzerne und Bosse, gegen Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Neo(s)liberale, Regierung, gegen die parlamentarischen und außerparlamentarischen Rechten wird zielführend die Interessen der arbeitenden Menschen verteidigen können. Es wird nicht durch „Sozialpartnerschaft“ mit der Wirtschaft und „Krisenzusammenarbeit“ mit der immer autoritärer werdenden Regierung möglich sein! Denn Regierung und Staatsapparat werden, wenn man ihnen nicht ins Ruder greift, die Pandemie weiter dazu nutzen, noch autoritärer zu werden. Warum? Um die von der Wirtschaftskrise betroffenen breiten Schichten der Bevölkerung ruhig zu halten, zum Zweck der Absicherung der Profite einzelner Lobbys und der Wirtschaft insgesamt.



DAHER: Jetzt müssen ÖGB, Gewerkschaften, Betriebsräte, SPÖ, AK gegen diese schon bereits stattfindende undemokratische und unsoziale Abwälzung der Krisenlasten mit all den ökonomischen, sozialen, gesundheitlichen, psychischen Folgeschäden, gegen die früheren und kommenden Kürzungen und die himmelschreienden Missstände im Gesundheits- und Bildungssystem (Schulen, Kindergärten) aktiv in Betrieb

und auf der Straße organisieren, mobilisieren und protestieren!

Viele haben schon lange berechtigten Unmut gegen ihre bereits erfolgte und weiter zunehmende soziale und gesellschaftliche Deklassierung.

Die Ankündigung vom ÖGB und AK, sich „nach der Krise“ zurückholen zu wollen, was den arbeitenden Menschen jetzt inzwischen genommen wurde und wird, ist schlimm. Das läuft de facto auf Vertröstung, Beschwichtigung und Nachgeben mit existenziellen Folgen für die breite Masse der arbeitenden Menschen hinaus. Da werden dann die Rechten im Trüben fischen.

Wird nicht heute schon gegen den sozialen Kahlschlag, der mit Corona als „notwendig“ kaschiert wird, breit die Bevölkerung aufgeklärt und zu Protest und Widerstand organisiert, wird morgen von den Herrschenden auch die Demokratie in Frage gestellt und beseitigt, um die Ausbeutung noch weiter treiben zu können.

Die Taktik der Herrschenden: Den Sozialstaat für Unternehmerprofite ausnutzen, Unterdrückung gegen die arbeitenden Menschen vorbereiten.

Die Taktik der Herrschenden scheint in der Krise zu sein, solange es geht mit dem Sozialstaat gegen den Sozialstaat, das heißt, mit den Sozialpartnern ÖGB und AK möglichst viel für die Unternehmenseite herausholen und den arbeitenden Menschen nur so viel zugestehen, dass es nicht zum Aufbegehren kommt

Weil der Unmut wächst und nicht von den sich als links verstehenden ÖGB-, AK- oder SPÖ-Spitzen aktiv und mobilisierend aufgegriffen wird, tauchen in letzter Zeit vermehrt und ganz offen die Rechten auf und versuchen, diesen Unmut auf ihre Mühlen zu lenken. Sie werden von Politikern, etablierten politischen Parteien, Polizei, Militär und Wirtschaftskreisen zum Teil selbst befördert, kräftig finanziert aufgebaut und etliche von ihnen halten schon ganz offen zu ihnen Kontakt, zeigen sich mit ihnen oder verteidigen sie öffentlich.

Wenn es die „Sozialpartnerschaft“ einmal dem Kapital nicht mehr recht machen kann, dann sollen es die Rechten tun und die Massen kanalisieren bzw. echten Widerstand niederhalten.

Mittlerweile werden fast wöchentlich größere Waffenfunde bei Rechten bekannt. Polizei und Militär wiederum werden gerade mit neuen Material oder Radpanzern aufgerüstet. Wozu wohl?

Angeblich gegen Terrorismus! Wohl kaum, den letzten Terroranschlag hätte man mit den bisherigen Gesetzen und der Ausrüstung der Polizei verhindern können.

Die türkis-grüne Regierung lässt die Rechten als Organisatoren bei „Corona-Demonstrationen“ gewähren, nutzt tatsächliche oder vermeintliche Nichteinhaltung der Corona-Schutz-Maßnahmen dazu, das Demo- und Versammlungsrecht dort wo es ihr passt einzuschränken oder aufzuheben oder baut unter dem Vorwand, die Rechten zu bekämpfen – was sie aber nicht tut – gleichzeitig den Unterdrückungsapparat und Überwachungsstaat gegen die Bevölkerung aus. Warum? Weil die Krise noch lange nicht – wenn überhaupt – vorbei ist. Das Versprechen nach der „alten Normalität“ wird nicht eingelöst werden. Darum schon jetzt die Gewöhnung an die „neue Normalität“ mit Einschränkungen, Disziplinierung mit der Angst um den Arbeitsplatz, Arbeitsplatzverlust, Lohn- und Gehaltseinbußen, mit immer mehr Präsenz und Einsatz von Polizei und Militär.

Ihre „Freiheit“ – unsere Freiheit

Regierung, Polizei und Militär, Bundeskanzler, Innenminister und Verteidigungsministerin präsentieren sich besonders seit der Pandemie und seit dem verhinderbaren Terroranschlag in Wien als diejenigen, die für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen und Freiheit, Frieden und Demokratie schützen.

Doch die türkis-autoritäre Regierung mit grüner Behübschung hat Konkurrenz. Auch die rechte Opposition im Parlament und die außerparlamentarischen Rechten auf der Straße präsentieren sich als „Retter“, als „Verteidiger von Freiheit und Demokratie“. Soziale Sicherheit bieten sie diesen Menschen auch nicht an, nur Wut auf die Regierung. Den tatsächlichen Verursacher der Misere, die kapitalistische Wirtschaft, die die Sicherung der Profite der großen Unternehmer und Konzerne als oberstes Ziel hat und zur rasant steigenden Kluft zwischen Armen und Reichen führt, die greifen die Rechten auf der Straße und im Hohen Haus natürlich nicht an. Sie wollen nur selbst die Geschäftsführer der Kapitalisten in Regierung, Verwaltung und Justiz werden. Darum geht es ihnen, nicht um das Wohl der Menschen.

Wenn dem nichts entgegengesetzt wird, kommt es schleichend und letztlich offen zu einer totalen Entsolidarisierung und Entmenschlichung der Gesellschaft, die ja schon jetzt im Zuge der Corona-

Debatte vom Bundeskanzler, Innenminister usw. abwärts betrieben wird. So manche Wirtschafts- und Industrievertreter und rechte Politiker und politische Parteien in Parlament, Landtagen oder gar Landesregierungen bis hin zu offen rechtsextremen Gruppierungen und Parteien treten offen menschenverachtend, ja faschistoid auf. Sie sprechen bestimmten Menschengruppen letztlich die Lebensberechtigung ab, indem sie etwa sagen: Menschen in Altenheimen sind ja eh schon alt, ihr Sterben eh wahrscheinlich, also solle man wegen des Coronavirus die Wirtschaft doch nicht einschränken. Oder sie hetzen gegen Andersgläubige, Andersdenkende, Andersfärbige als Weiße, ausländische Arbeitskräfte, die „unseren Arbeitslosen“ die Arbeit wegnehmen würden. Doch gleichzeitig importiert Wirtschaft und Industrie zu Zehntausenden Pflege- und Arbeitskräfte aus dem Ausland als Billiglohnkräfte zur Sicherung der Profite.

Auf den von den Behörden trotz teilweisen Untersagungen wohlwollend beobachteten und begleiteten „Corona“-Demonstrationen traten Rechten dann mit Transparenten mit wohlfeilen Begriffen wie „Freiheit, Frieden, Demokratie“ auf. Doch sie meinen nicht die Freiheit der Menschen, nicht die Freiheit des einzelnen Individuums. Sie missbrauchen den Wunsch und den Drang der Menschen nach Freiheit und die berechtigte Ablehnung von nicht nachvollziehbaren Regierungsmaßnahmen, Kontrolle und Unterdrückung.

In Wirklichkeit sind ihnen die Interessen der arbeitenden Menschen völlig egal, sie vertreten die Interessen der Profitmacher auf Kosten der Menschen. Dafür häufen sie auch illegal Waffenlager usw. an. Sie spielen sich als Opposition gegen die Regierung auf, wollen aber nur selbst oder ihresgleichen (siehe das Demo-Transparent „Kurz weg Kickeln“) an die Schalthebeln der Politmacht der Republik (zurück) befördern. An der Ausbeutung der Masse der Menschen durch Wirtschaft und Industrie, die Hunderttausende in Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Armut drängt, an dieser Freiheit der Konzerne haben die Rechten und Rechtsextremen nichts auszusetzen.

Setzt sich diese Gesinnung durch, ist nicht mehr das Leben, schon gar nicht das gute Leben für alle die oberste Perspektive. Dann greift eine Ellenbogengesellschaft des „nur der Stärkere kommt durch“, des Faustrechts und der (staatlichen und der unternehmerischen) Willkür zur Aufrechterhaltung von Macht und Profit um sich. Das ist dann schon die Vorstufe zu einem neuen Faschismus.

Innenminister Nehammer hat zu den Kritikern der Regierungspolitik gesagt, dass sie Corona zu ihrem Geschäftsmodell gemacht hätten (Kronen-Zeitung, 16. 1. 2021). Tatsächlich wird Corona von den Rechten in- und außerhalb des Parlaments UND von der Regierung selbst auch als Geschäftsmodell genutzt.

Die Regierung will vorrangig die Profitmacherei der Wirtschaft vor Unruhe schützen, die organisierten Rechten auf der Straße wollen Unruhe schüren, um die Regierung in Bedrängnis zu bringen.

Dennoch schützt die Regierung die Rechten, siehe z.B. die Einstellung aller gerichtlichen Verfahren gegen die rechtsextremen Identitären, die offen gegen Andersdenkende, Andersgläubige, Ausländer usw. hetzen, Uni-Hörsäle gewalttätig besetzen, auf öffentlichen Gebäuden Hetztransparente hissen oder Spenden des Christchurch-Attentäters erhielten. So unabhängig ist die Justiz!

Wer all das nicht will, muss Wege und Mittel suchen, Verbündete zu finden und gemeinsam dagegenzuhalten.

Gleichermaßen gilt,

- gegen die im Namen von „Schutz vor Corona“ zur Profitabsicherung vordringenden Einpeitscher in Regierung und Wirtschaft oder die sozialpartnerschaftlichen Beschwichtiger der Folgen der Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Bevölkerung aufzutreten
- und ebenso gilt es, gegen die durch Politik und Massenmedien erst so richtig aufgewerteten Rechten und Rechtsextremen aufzutreten, die unbehelligt und trotz Missachtung aller Pandemie-Gesundheitsvorkehrungen im Schutz und mit Geleit der Behörden mit Corona ihre Suppe kochen.

Deshalb ist es so wichtig, JETZT ein Bündnis zu schließen:

- **von unten mit allen Interessierten und Willigen auf möglichst vielen Ebenen und in allen Bereichen**
- **parteienunabhängig unter Ausschluss der menschenverachtenden und arbeiterfeindlichen politischen Rechten**
- **ein Bündnis für menschenwürdiges Leben und Arbeiten ohne Ausbeutung, für Gesundheit, Bildung, Demokratie, Klima- und Umweltschutz!**

AUVA

Lorenz Böhler Unfallkrankenhaus (Wien)
Reha-Zentrum Weißer Hof (NÖ)

Wie geht es weiter – geht es weiter?

Zwar hat es zuletzt in den Medien geheißt, dass die Erhaltung des Lorenz Böhler Unfallkrankenhauses (LB-UKH) der AUVA gesichert sei.

Doch das Herunterfahren, Reduzieren oder gar Zusperrung des UKHs ist trotz beruhigender Meldungen noch nicht vom Tisch! Anfragebeantwortungen von Gesundheitsminister Anschober (siehe unsere Zeitung Nr. 149, Nov. 2020) als auch ein Blick in das neue Wiener Regierungsprogramm der „Fortschrittskoalition“ der SPÖ mit den NEOS schließt das nicht eindeutig aus oder sagen nur, dass es eine Kooperation mit dem Wiener Gesundheitsverbund geben wird. Wie, was, wann steht nirgends.

Die Unsicherheit und Unklarheit wollen – besonders widerlich – sowohl in NÖ als auch in Wien FPÖ-ler ausnutzen und treten gegen mögliche Schließungen auf. Gerade die FPÖ, deren Gesundheitsministerin die Zerstörung der AUVA zum Programm hatte.

Erinnerlich wollte die FPÖ-Gesundheitsministerin der türkis-Blauen Regierung, Hartinger-Klein, die AUVA im Interesse der Unternehmer und der ÖVP zerstören. Das hätte auch das LB-UKH betroffen. Hauptgrund: Die Unternehmer wollen nicht mehr für die Arbeitsunfälle ihre Versicherungsbeiträge zahlen, obwohl diese „Arbeitgeberbeiträge“ ja in Wirklichkeit sowieso von den Arbeiter*innen und Angestellten erwirtschaftet werden. Der breite Widerstand von Belegschaft, aus anderen Gesundheitssektoren, Patient*innen und aus der Bevölkerung hatte damals diese offensichtlichen Zerstörungspläne vorerst verhindert.



Wie wichtig das Lorenz Böhler UKH für die Versorgung der Wiener*innen ist, zeigte sich z.B. am Eistag“ den 17. Februar in Wien. Durch die eisglatten Fahrbahnen und Gehsteige kam es zu enorm vielen Unfällen. Meidling war durch andere Unfälle voll. Zum LB-UKH stauten sich die Rettungen. 450 Patient*innen waren im Haus. 104 Rettungen kamen in Summe, so viele wie noch nie in der Geschichte des LB-UKHs!

Solidaritätsaktion für den Weißen Hof:



*Am Dienstag, 9.2.2021, haben Thomas M., Johanna von #aufstehn und Susanne Prager-Schugardt dem **Verwaltungsrat der AUVA** in der AUVA Hauptstelle die zu diesem Zeitpunkt aktuelle Anzahl der **UnterzeichnerInnen der Petition** in Höhe von 18.160 und ein **Buch über den Weißen Hof überreicht**. Es enthält positive und für den Weißen Hof sprechende Zitate und Geschichten von ehemaligen Patient*innen.*

<https://mein.aufstehn.at/petitions/rehabilitationszentrum-weisser-hof-in-klosterneuburg-soll-ab-2026-im-grunen-erhalten-bleiben>

Die AUVA-Führung hält aber an ihren Plänen fest, verfolgt diese aber im Hintergrund weiter. Da steht eben weiterhin in Niederösterreich die Schließung des Reha-Zentrums Weißer Hof in Klosterneuburg bis 2026 am Programm genauso wie die Re-Dimensionierung des LB-UKH in Wien. Dazu soll die Reha des Weißen Hofes ins UKH Meidling kommen. Ebenso wurde mit der Zentralisierung des Traumazentrums (Schockraum) nach Meidling begonnen. Letztlich soll es in Wien dann nur mehr ein einziges Traumazentrum statt bisher zwei geben. Das ist auch in anderen Bundesländern ähnlich vorgesehen. Ziel ist, Gesundheit in Coronazeiten hin oder her, Kosten zu sparen. Dazu wurde schon 2018 die AUVA-GesmbH gegründet. Damit kann die AUVA-Leitung letztlich einmal nicht nur das Dienstrecht der Beschäftigten umgehen, also die Beschäftigten schlechter bezahlen als jetzt, sondern über dieses Vehikel andere Träger oder Private die UKHs führen lassen. Über Kooperationen mit den Ländern würden auf längere Sicht gesehen damit auch UKHs „überflüssig“ und in die „normalen“ Spitäler aufgelöst werden.

Was technisch klingt hat letztlich schwerwiegende Auswirkung für die Überlebens- und Genesungschancen von Unfallpatient*innen. UKHs sind hoch spezialisiert und qualifiziert und sind die UKHs der AUVA weltweit ein Vorzeigeprojekt. Denn der Faktor Zeit ist hier entscheidend: Wie schnell jemand im Schockraum ist, operiert wird und gleich mit der Heilbehandlung begonnen wird, davon hängt Leben oder Tod, bzw. Qualität der Genesung und des Lebens danach, der Arbeitsfähigkeit und der Lebensqualität ab. > weiter S 8

Trotz Corona und zu erwartenden künftigen Pandemien wird das Gesundheitssystem weiter ausgedünnt, wie z.B. die Pläne zum LB-UKH der AUVA zeigen. Ein Herunterfahren, Reduzieren des LB-UKH auf ein Ambulanzzentrum oder gar Zusperrern auch des Reha-Zentrums Weißer Hof schadet allen, also vor allem den arbeitenden Menschen. Das Zerstören bestehender guter Strukturen oder das Auslagern von Gesundheitsversorgung (Mobile Reha) oder Reha in die Stadt statt am ruhigen Land, darf im Interesse der Gesundheit keine Kostenfrage sein. Die von den Unternehmern aus unseren Beiträgen bezahlte AUVA wollen sie ausräumen und nehmen Verschlechterungen für unsere Gesundheitsversorgung für ihre Profite in Kauf. Den Beschäftigten im LB-UKH oder im Reha-Zentrum Weißer Hof kann ein Abwehrkampf nicht alleine aufgebürdet werden. Deshalb braucht es vor allem Aufklärung der Bevölkerung, damit sich diese für den Erhalt dieser Einrichtungen interessiert und mit den Beschäftigten solidarisiert. Das hilft den Beschäftigten und uns allen als mögliche Patient*innen gleichermaßen.



<http://prosv.akis.at>

*

Kein politischer Kommentar



Diese Situation kennt man aus der Politik.
Man schaut es sich an und überlegt,
wie konnte das Rindvieh so hoch kommen....

Mittwoch, 17. März 2021, 19.00 Uhr

Online-Diskussion

**Ist die Pandemie die Krise? Wen
schützt Corona? Wem nützt Corona?**

Testen wir unser politisches Verständnis,
holen wir uns politischen Impfstoff.

*

Anmeldung für Interessierte bis 15. 3. 2021
bitte unter: oesolkom@gmx.at

Wir schicken dann den Teilnahmelink zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden
auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit
auch in Zukunft angewiesen sind.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion
abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den
Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und
Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den
laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein
oder per Überweisung

Empfänger*in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kolleg*innen, die wieder mehr
sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer
gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden
Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält
sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und
Aktivist*innen.

Impressum: Medieninhaber, Druck und Redaktion:
„Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070
Wien. ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber
(Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere
Chance“ ist zu 100% das „Österreichische Solidaritäts-komitee
– Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“,
Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W.Leisch, P.Düringer, H.Schmitz. Die grundlegen-
de Linie der periodischen Druckschrift ist die des Vereins.

Datenschutzerklärung siehe unter: <http://prosv.akis.at>